

Die Stimmen gegen Seehofer werden lauter

Der Parteichef sagt dazu nichts, ist aber offen für einen Sonderparteitag.

München/Berlin. Nach der schweren CSU-Niederlage bei der bayerischen Landtagswahl wächst der Druck auf Parteichef Horst Seehofer. Zwei CSU-Kreisverbände haben nun die Ablösung des 69-Jährigen gefordert, der größte Bezirksverband Oberbayern verlangt einen Sonderparteitag noch in diesem Jahr. Seehofer zeigte sich offen für ein solches Treffen: Er vermute, „dass wohl das beste Instrument, weil die Basis da am besten versammelt ist, ein Parteitag der CSU wäre“, sagte er am Dienstag in Berlin. Dann solle über Konsequenzen aus der Wahlpleite entschieden werden. Dazu zählten auch personelle Fragen, „über die zu diskutieren ich durchaus auch bereit bin“.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur wurden derweil in der CSU-Landesgruppe im Bundestag Forderungen nach einem personellen Neuanfang laut. Es gab demnach am Dienstag in der Sitzung der CSU-Bundestagsabgeordneten in Berlin zwar keine konkreten Rücktrittsforderungen gegen Seehofer. Teilnehmer berichteten aber, es habe neben nüchterner Analyse des Wahlergebnisses auch Kritik gegeben. Der Wunsch nach

einem Rückzug Seehofers sei spürbar gewesen.

Markus Söder, der in der ersten Sitzung der geschrumpften CSU-Landtagsfraktion einstimmig wieder für das Ministerpräsidenten-Amt nominiert wurde, sagte, er halte die Idee eines Parteitags für richtig.

Seehofer räumte ein, die CSU müsse inhaltliche und strategische Fragen dringend klären. „Wenn man mehr als zehn Prozent verliert, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“ Diese Klärung müsse es zwischen dem 12. November und der zweiten Dezemberwoche geben.

Die Sondierungsgespräche der CSU mit potenziellen Koalitionspartnern sollen an diesem Mittwoch beginnen, zuerst mit den Freien Wählern, dann mit den Grünen. Ob es auch Sondierungen mit der SPD geben wird, ließ Söder offen. Er begründete dies damit, dass die SPD erst am Sonntag entscheiden will, ob sie überhaupt Gespräche führen will. Die CSU will dagegen sehr schnell mit formalen Koalitionsverhandlungen beginnen. Denn die Zeit ist eng: Spätestens am 5. November muss die konstituierende Sitzung des neuen Landtags sein. *dpa*



Seinen Rücktritt als Parteivorsitzender kündigt Seehofer nach dem Fiasko der CSU bei der bayerischen Landtagswahl nicht an. Er schließt ihn aber auch nicht aus. FOTO: DPA

„Europa die Zunge rausgestreckt“

Italien legt Haushaltsentwurf vor

Rom/Brüssel. Die EU-Kommission nimmt den umstrittenen Haushaltsentwurf der italienischen Regierung unter die Lupe. „Wir haben Italiens Haushalt noch nicht infrage gestellt“, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Montag. Er erinnerte Rom gleichzeitig daran, dass bestehende Verpflichtungen eingehalten werden müssen.

Die italienische Regierung aus populistischer Fünf-Sterne-Bewegung und rechter Lega hatte sich am Montagabend auf einen Haushaltsentwurf geeinigt, der eine hohe Neuverschuldung vorsieht. Zu den Finanzplänen hatte es im Vorfeld bereits deutliche Mahnungen aus Brüssel gegeben.

Die EU-Kommission selbst bestätigte am Dienstag nur den rechtzeitigen Eingang des italienischen Haushaltsplans. Es sei aber zu früh, über den Ausgang der Prüfung zu spekulieren, sagte ein Sprecher.

„Mit diesem Haushaltsentwurf strecken (die Vizepre-

mierminister Matteo Salvini und Luigi Di Maio Europa die Zunge heraus“, urteilte der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. Die italienische Regierung habe sich bewusst entschieden, die Verpflichtung zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits zu ignorieren.

Rom will sich zwar an die von allen Eurostaaten akzeptierte Grenze der Neuverschuldung von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts halten – geplant ist ein Defizit von 2,4 Prozent. Allerdings hat Italien einen der höchsten Schuldenstände weltweit und nach Griechenland mit rund 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die höchste Schuldenquote in der EU. Erlaubt sind nicht mehr als 60 Prozent. Deswegen muss Rom zusätzlicher Vorgaben erfüllen, um langfristig die Schulden im Griff zu halten. Die Prüfung, ob Italiens Pläne gegen EU-Regeln verstoßen oder nicht, könnte sich deswegen als kompliziert erweisen. *dpa*



Friedrich Wilhelm Wagner, Leiter der Abteilung 6 der Bezirksregierung Arnsberg. Im Gebäude in Dortmund, das einem Schloss gleicht, atmet man auf Schritt und Tritt Bergbaugeschichte. An den Türklinken steht KÖB – das steht für Königliches Oberbergamt. MONTAGE: KLOSE / BILDER (8) SCHÜTZE / KLEMP

„Bergbau schlägt Wunden“

DORTMUND. In Dortmund sitzt die Bergbehörde. Einst Betreiber von Steinkohlenbergwerken ist sie heute für Kontrollen und Genehmigungen zuständig. Und nun? Ein Gespräch mit dem Abteilungs-Chef, Friedrich Wilhelm Wagner.

Von Christoph Klemp

Seit 1792 gibt es das Landesoberbergamt als Bergbehörde für Westfalen und das Rheinland – das sind 226 Jahre. „Die Bergbehörde hat maßgeblich an der Industrialisierung Nordrhein-Westfalens teilgenommen“, sagt deren Chef, Friedrich Wilhelm Wagner. Im Interview erzählt er von der eigenen Kindheit und Jugend neben der Seilscheibe und die vermeintliche Nähe der Dortmunder Behörde zu den Bergbaugesellschaften.

Herr Wagner, Ende des Jahres schließen die letzten beiden Zechen in Nordrhein-Westfalen. Was bleibt vom Steinkohlenbergbau?

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir die Schachtanlagen Prosper-Haniel und Ibbenbüren ohne größere Ereignisse zu Ende führen können. Das Ende bringt aber für die kommenden 15 Jahre unmittelbaren Nachsorgebedarf mit sich, sei es die Schachtverfüllung, die Flächenmobilisierung oder das Grubenwassermanagement. Darüber hinaus werden wir auch noch Jahrzehnte mit den Hinterlassenschaften des Altbergbaus zu tun haben.

Was bedeutet es für Sie persönlich, dass der Steinkohlenbergbau jetzt endet?

Für mich persönlich ist das ein erheblicher Einschnitt. Ich bin in der Steinkohle groß geworden. Mein Vater war im Aachener Revier im Steinkohlenbergbau.

Können Sie sich an Ihre erste Grubenfahrt erinnern?

Ich habe mit 16 Jahren meine erste Grubenfahrt gemacht. Mein Vater hat mich damals mitgenommen auf der Zeche Emil Mayrisch. Ich bin neben der Schachtscheibe groß geworden. In Siersdorf, da bin ich aufgewachsen, war die Zeche das prägende Element. Von den 3000 Einwohnern waren 2500 Bergarbeiter und Angestellte der Zeche. In diesem Umfeld bin ich groß geworden und habe auch heute noch den Geruch von der Zeche in der Nase. Wenn ich heute auf die Zeche komme,

ist das für mich, wie nach Hause kommen, auch wenn es komisch klingt. Das hat vielleicht auch mit meiner ersten Stelle als Grubensteiger zu tun.

Wie erklären Sie sich diese hohe Emotionalität, die den Bergbau umgibt?

Ich kann das am besten aus meiner Kindheit sagen. Da hat auch die Dorfgemeinschaft die Hierarchien auf der Zeche widerspiegelt. Es gab ein extrem großes Zusammengehörigkeitsgefühl, eine enge Verbundenheit und ein starkes Heimatgefühl in dieser Gemeinschaft. Das war dadurch geprägt, dass man auch in schlimmen Zeiten zusammengehalten hat.

Haben Sie selbst solch schlimme Zeiten erlebt?

In unserer Nachbarschaft wohnten zwei Mädchen, mit denen ich als Kind häufig gespielt habe. Als ich 14 Jahre alt war, ist der Vater dieser beiden Freundinnen mit drei Kumpeln in einem Blind-schacht abgestürzt und ums Leben gekommen. Das sind Dinge, die werde ich nie vergessen.

Solche Ereignisse haben aber auch die Gemeinschaft weiter zusammengeschweißt. Man sagt ja auch, die Bergleute, die sind unter Tage eine Gemeinschaft, da kann sich jeder auf den anderen verlassen. Ich glaube, dieses soziale Zusammengehörigkeitsgefühl, diese uns immer mehr verloren gehende Identität in der sozialen Verantwortung füreinander, die ist ganz ausschlaggebend für dieses Gefühl.

Mit dem Steinkohlenbergbau verlieren wir ein Stück unserer Identität und das sollten wir bewahren.

Sie sind also selbst tief verwurzelt im Bergbau. Nun wenden Kritiker ein, dass die Bergbehörde eine viel zu große Nähe zu den Bergwerksbetreibern hätte. Trifft Sie das?

Ich sage immer, das hat mit der beweglichen Erde zu tun. Der Bergbau ist natürlich im Gegensatz zu allen anderen Industrien in einem Bereich, der sich ständig fortentwickelt, der sich ständig bewegt. Und so ist auch das Genehmigungsrecht aufgelegt. Wir genehmigen ja den Abbau für zwei Jahre, dann werden die Genehmigungen überprüft.



So ein Bergwerk wie Prosper-Haniel ist nach zwei Jahren nicht mehr dasselbe wie vorher. Das entwickelt sich ständig unter Tage fort – genau wie der Tagebau. Das erfordert eine ganz andere Aufsichtsdichte als in einer Konservenfabrik. Da können Sie alle drei Jahre mal gucken, ob die ihr Etikett geändert haben. Bei uns ist der Bergwerksbetrieb mit Gefahren behaftet und ist auch örtlich in der Lagerstätte ständig in Bewegung. Wir sind deshalb sehr oft im Bergwerk vor Ort. Und so sind auch die Kontakte enger.

Manche sagen, die Kontakte seien zu eng. Die Behörde entscheide im Zweifel immer für die Kohle.

Ich bin jetzt seit 40 Jahren im Job und ich habe immer gesehen, dass die Distanz im sachlichen und faktischen, im formellen Umgehen miteinander sehr deutlich ist. Und glauben Sie mir, es gibt bei den Unternehmen manchen, der uns vorwirft, zu stringent zu sein. Wir haben, was den Umgang

mit den Bergbauunternehmen angeht, keinerlei andere Regelungen als das bei sonstigen Behörden der Fall ist. Es ist allerdings so, dass wir mit dem Bergrecht ein sehr starkes regulatives Regime mit direkten Eingriffsmöglichkeiten haben, welches auch in den Unternehmen anerkannt ist. Das heißt aber nicht, dass wir bei schweren Bergwerksunfällen – von denen wir in den letzten Jahrzehnten in NRW glücklicherweise verschont blieben – mit den Bergleuten nicht eine Einheit bilden. Das ist manchmal der Punkt, der missverstanden wird.

Die Vorwürfe perlen also an Ihnen ab?

Mich machen solche Vorwürfe nicht betroffen, allerdings manchmal schon etwas ärgerlich. Ich habe da ein gewisses Selbstbewusstsein und auch Vertrauen in die Integrität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir leben in einer Zeit, in der die Zivilgesellschaft an vielen Stellen Kritik an Eingriffen in Umwelt und Landschaft übt. Das geht aber für uns nicht anders.

Warum nicht?

Bergbau schlägt Wunden in Landschaft und Umwelt und verursacht Bergschäden. Das lässt sich nicht verhindern, das muss man regulieren und – so weit möglich – ausgleichen. Das ist auch rechtlich so geregelt. Der Bergwerksbetreiber hat die Verpflichtung, den Schaden auszugleichen. Ohne Bergschäden ist kein untertägiger Steinkohlenbergbau möglich, die Bergsenkungen an der Tagesoberfläche sind zwangsläufige Folge. Wir sind Genehmigungsbehörde. Das heißt, wir müssen sehen, dass die Schäden so klein wie möglich bleiben. Wir sind aber nicht dafür da, den Bergbau wegen zwangsläufig auftretenden Bergschäden zu verhindern.

Umweltschützer halten die Wasserfrage für das drängendste Problem des Nachbergbaus.

Das ist eigentlich ein Thema, bei dem ich immer gern sage: Die Alten, die hier im Ruhrgebiet mit dem Bergbau angefangen haben, haben dafür gesorgt, anders als in anderen Ländern, dass Wasserwirtschaft und Bergbau im Einklang stehen. Die haben die Emscher zum Haupt-Abwasserfluter gemacht und haben dafür gesorgt, dass nicht ganze Regionen vernässt worden sind.

Wie sieht das denn in anderen Ländern aus?

Ich bin vor einigen Jahren mal in China gewesen, wo solch eine Zusammenarbeit zwischen Bergbau und Wasserwirtschaft nicht stattgefunden hat. Dort versinken jedes Jahr riesige Flächen im Wasser – Schulen, Krankenhäuser, Felder und wo die mit großen Augen da stehen und nicht wissen, wie ihnen geschieht. Die blenden das dann da aus und machen ein paar Seen. Ein riesiges Problem in China, was hier im Ruhrgebiet unsere Altvorderen durch die Bildung von Wasserverbänden und durch deren Maßnahmen vermieden haben. Ein riesiges und tolles Konzept unserer Vorfahren. Und wir machen jetzt den nächsten Schritt und führen das wieder in eine vertragliche Zukunft, indem wir das Wasser unter Tage durchleiten und so dafür sorgen, dass diese Vorfluter sich wieder erholen können. Das ist eine Riesenaufgabe, die man nicht unterschätzen sollte. Ein Jahrhundert-Projekt. Wir sprechen im Ruhrgebiet von über 60 Millionen Kubikmeter Grubenwasser pro Jahr. Wobei alle Probleme, die damit verbunden sind, aus meiner Sicht lösbar sind.

Wäre es rein theoretisch möglich, die Zechen in der Zukunft zu reaktivieren?

Nein. Die geschlossenen Grubenbaue, die geflutet werden, kann man nicht reaktivieren. Wenn Sie ein getrenntes Grubenfeld neu erschließen, dann kann man da auch wieder Bergbau drauf betreiben. Aber nicht mehr im durchlöchernten Bereich im Ruhrrevier. Und Sie verlieren über die Zeit natürlich auch das Know-how und Sie können auch keine Leute mehr rekrutieren, wenn Sie nicht mehr ausbilden. Wir hätten noch genug Kohle. Die Wahrscheinlichkeit für einen Wiedereinstieg in den Steinkohlenbergbau ist aber in überschaubarer Zeit sehr gering.

Aufgaben der Bergbehörde nach Ende des Steinkohlenbergbaus

- Ob Braunkohle, Nachbergbau, Risikomanagement Altbergbau, Gefährdungspotenziale des Untergrundes – die Abteilung 6 der Bezirksregierung Arnsberg, Bergbau und Energie hat auch nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus noch alle Hände voll zu tun.
- Es sind noch rund 3000 Hektar Land unter Bergaufsicht – 1000 Hektar Halden und 2000 Hektar Brachflächen, die saniert, gesichert und wieder nutzbar gemacht werden.
- Hinzu kommen 122 Kavernen, die Salzgewinnung, Gas- und Ölspeicherung, die Genehmigung von Hochspannungsleitungen, der Netzausbau, 340 Gas-hochdruckanlagen, Pipelines, Geothermie, E-Tankstellen und Lastenfahrräder.